

Abschlusskonferenz des Projekts
Respect and Equality: Acting and Communicating Together
“Hate Speech: Meinungsfreiheit vs. Meinungsmache”



Vor gut zwei Jahren, im November 2017, haben sich zwölf Organisationen aus fünf teilnehmenden Ländern im Projekt REACT – „Respect and Equality: Acting and Communicating Together“ zusammengefunden um das Phänomen „Hate Speech“ genauer zu untersuchen. In Deutschland wurde das Projekt durch das Büro für Jugend- und Migrationsprojekte (JUMP IN) der AWO Arbeit & Qualifizierung gGmbH in Solingen koordiniert.

In der ersten Phase des Projektes wurden Online-Hassrede, sowie wirksame Beispiele der Gegenrede in den jeweiligen Ländern identifiziert und analysiert. Dabei sollte herausgefunden werden welche Akteure Hate Speech womöglich befeuern oder eindämmen könnten und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sich auf europäischer Ebene herausstellen.

Im Anschluss an diese erste Phase und auf Grundlage der Ergebnisse wurde einerseits ein Methodenkoffer erstellt und gleichzeitig bereits medienpädagogische Workshops mit Jugendlichen durchgeführt. Beides zusammen ist Teil der Projektkommunikationskampagne.

Insgesamt wurden über 20 Bildungsveranstaltungen in Schulen/Jugendeinrichtungen in Europa durchgeführt, um Medienkompetenz und Bewusstsein bei mehr als 700 Jugendlichen zu verbreiten. In diesen Workshops produzierten die Teilnehmenden eigene Kurzfilme, die sich kritisch mit dem Thema Hate Speech bzw. Gegenrede auseinandersetzen. Die Filme sind bereits auf den Social Media-Kanälen von REACT zu sehen. Die in Deutschland produzierten Kurzfilme werden außerdem im Rahmen der Abschlussveranstaltung (siehe weiter unten) präsentiert.

Zahlreiche weitere Untersuchungen (etwa des No Hate Speech Movements oder des London SDI) zeigen, dass Hate Speech ein globales Phänomen ist, das in den vergangenen Jahren an Geschwindigkeit und Härte gewonnen hat. Nationale, rassische oder religiöse Hassbekundungen, die Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt darstellen, sind im Internet immer weiter verbreitet, und man könnte argumentieren, dass Online-Hassrede eine der größten Gefahren für das demokratische Leben der Europäischen Union darstellt. Vielerorts werden juristische Maßnahmen, Regulierungsmechanismen und ein stärkeres Vorgehen der bzw. gegen die Seitenbetreiber diskutiert. Jedoch sollte auch die Wichtigkeit von Bildungsmaßnahmen und einer vorgelebten positiven Debattenkultur nicht unterschätzt werden.

